



Elisabeth Jeggle
Ihre Stimme in Europa

Infobrief aus Brüssel
02.- 05. Februar 2009

Die Lehren aus der Gaskrise: Entwurf für eine zukünftige Energiepolitik

Das Europäische Parlament hat am 3. Februar über den Entwurf einer zukünftigen Energiepolitik abgestimmt. Auslöser war der seit Monaten schwelende Streit um Gaslieferungen zwischen der Ukraine und Russland, von dem auch die Mitgliedstaaten der Europäischen Union zum Teil stark betroffen waren. Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments haben sich darauf geeinigt, dass für eine sichere, kostengünstige und vor allem CO₂-freie Energieerzeugung auf keinen Fall auf die Kernenergie verzichtet werden kann. So forderten die Abgeordneten die Kommission unter anderem auf, einen Investitionsfahrplan für die Kernenergie vorzulegen und eine vorurteilsfreie Debatte über die Nutzung dieser Energiequelle anzustoßen. Die Entscheidung des Europäischen Parlaments ist absolut begrüßenswert. Ich halte es für unumgänglich unseren Energiebedarf unter anderem auch mit Kernenergie zu decken, wollen wir uns in Zukunft nicht noch mehr von anderen Staaten abhängig machen. Weitere Informationen zu diesem Thema finden Sie [hier](#).

Kampf gegen sexuelle Ausbeutung von Minderjährigen und Kinderpornografie

Außerdem stimmte das Europäische Parlament über den "Bericht über die sexuelle Ausbeutung von Minderjährigen und Kinderpornographie" ab. Sexuelle Ausbeutung von Minderjährigen und Kinderpornographie sind schwerwiegende Verletzungen der Grundrechte von Kindern und Jugendlichen. Das Europäische Parlament fordert daher, die schon bestehenden Schutzmechanismen zu verstärken. Straftäter sollen besser verfolgt werden können und Minderjährige einen besseren Schutz vor sexuellen Übergriffen erfahren. Besonderes Augenmerk legten die Abgeordneten dabei auf die Themen Pädophilie im Internet und Sextourismus.

In den letzten Jahren erfahren wir immer mehr, welche Gefahren das Internet neben seinen vielen Vorteilen bergen kann. Pädophilie ist stärker als je zuvor in den Schlagzeilen. Ich freue mich, dass das Europäische Parlament auf die veränderten Bedingungen reagiert und vor allem gegen den bislang totgeschwiegenen Sextourismus auch im Zusammenhang mit der sexuellen Ausbeutung von Minderjährigen vorgehen will. Weitere Informationen zu diesem Thema finden Sie [hier](#).

Rückführung von Guantánamo-Häftlingen

Nachdem US-Präsident Obama am 22. Januar 2009 verkündete, das Gefängnis an der Küste Kubas innerhalb eines Jahres zu schließen, wurde in der Plenarsitzung des Europäischen Parlaments am 3. Februar auch über die etwaige Aufnahme von Guantánamo-Häftlingen heftigst diskutiert. Während sich eine Seite dafür aussprach, dass Europa Verantwortung für eine faire und sichere Behandlung der Häftlinge übernehmen müsse, waren andere Gruppierungen der Ansicht, dass allein die USA für die Gefangenen verantwortlich sei und Europa nicht die Probleme der USA lösen könne und solle. In der letztlich abgestimmten Resolution werden die Mitgliedstaaten dazu aufgefordert, im Falle einer Anfrage seitens der US-Regierung "an der Suche nach Lösungen mitzuwirken" und "darauf vorbereitet zu sein, Guantánamo-Häftlinge in der EU aufzunehmen". Aufgrund dieser Klausel habe ich in der Endabstimmung schließlich gegen die Resolution gestimmt.

Die Schließung des Gefangenenlagers ist zwar ein zwingend notwendiger Schritt. Die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger muss aber Priorität haben und wir dürfen nicht nur unseren Verpflichtungen als Freunde Amerikas nachkommen. Potentiell gefährliche Terroristen sollten nicht nach Deutschland oder in die Europäische Union einreisen dürfen. Weitere Informationen zu diesem Thema finden Sie [hier](#).

**Ihre
Elisabeth Jeggle**

Mitglied im Vorstand der [EVP-ED-Fraktion](#), stellvertretende Vorsitzende der [CDU/CSU-Gruppe](#) im Europäischen Parlament
Europäisches Parlament Rue Wiertz – ASP 10 E 209 B-1047 Brüssel Tel.: 0032-2-2845351 Fax: 0032-2-2849351
Europabüro Jeggle Bahnhofstr. 8 D-88250 Weingarten Tel.: 0751-56092530 Fax: 0751-56092550